
Grenzen los

Der Infobrief des AK Asyl e.V. Bielefeld

November 2020



Inhalt / Editorial

Aus dem Verein

- 04 Psycho-soziale Beratung für geflüchtete Kinder/Jugendliche
- 05 Neue Clearingstelle 'Migration und Gesundheit' in Bielefeld
- 06 Psychoedukative Gruppe für Frauen* aus Nigeria
- 07 Hotline für Geflüchtete in Landesunterkünften
- 09 Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung – und wir brauchen Eure!

Vor der Haustür

- 10 Absonderungshaft – Eine Bielefelder Erfindung?
- 14 Seebrücke Bielefeld
- 16 Redebeitrag Seebrücke Bielefeld
- 18 Gehört „Rasse“ ins Grundgesetz?
- 19 Café Exil: Protests against Racism and Police Violence in Bielefeld

Über den Tellerrand

- 21 "Hier gilt nicht Ihr Recht, hier gilt unser Recht!"
- 22 BAMF trickst während Corona
- 24 Einblicke in das Leben einer Transperson aus Ghana

Gedichtetes

- 27 Selbstbezeichnung.
- 28 eigentlich nicht
- 30 Dessau

Liebe Unterstützer*innen, liebe Leser*innen,

ein sehr bewegtes Jahr neigt sich dem Ende. 2020 ist ein Jahr, das uns wohl lange in Erinnerung bleiben wird.

Der Terroranschlag von Hanau am 19. Februar hat uns traurig und wütend gemacht. In Folge des Anschlags wurde wieder einmal deutlich, dass das Problem nicht in Form von radikalisierten Einzeltäter*innen liegt. Hanau war kein Einzelfall. Wir gedenken den Hanauer*innen Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüç, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saraçoğlu.

George Floyd, Ahmaud Arbery, Breonna Taylor und viele Weitere haben 2020 Anlass für zahlreiche Demonstrationen unter dem Motto „Black lives matter“ gegen Polizeigewalt und gegen Rassismus gegeben. In Deutschland wurde die Rassismusdebatte neu entfacht. Auch in Bielefeld haben zahlreiche Demonstrationen stattgefunden. Die Initiative „N-Wort stoppen“ konnte erreichen, dass das N-Wort ab sofort in Köln geächtet wird, die M*straße in Berlin soll nach jahrelangen Kämpfen endlich in Anton-Wilhelm-Amo-Straße umbenannt werden. In Europa und den USA wurden Denkmäler mit kolonialem Bezug gestürzt.

Auch in Herford gab es erst im Oktober eine Demonstration gegen Rassismus, nachdem es dort zu einem rassistischen Angriff auf einen Afrikaner gekommen war. In den Beratungen hat das Thema Rassismus

zugenommen. Eine Auseinandersetzung hat begonnen und wir hoffen, dass es eines Tages nicht mehr nötig sein wird, gegen Rassismus demonstrieren zu müssen.

Ein weiteres erschütterndes Ereignis war der Brand auf der griechischen Insel Lesbos im Lager Moria. Wieder einmal wird die Politik nun auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz herzlich bei allen Vereinen, Gruppen, NGOs, Initiativen und auch Einzelpersonen, die sich unerschütterlich gegen Rassismus, für die Aufarbeitung von Kolonialismus, für Seenotrettung, gegen Lagerunterbringung, zusammengefasst: für Menschen einsetzen, bedanken. Wir schicken euch solidarische Grüße.

2020 ist sicherlich neben den zuvor genannten Geschehnissen ein Jahr, das geprägt ist von Corona.

Corona hat für alle Menschen überall auf der Welt gravierende Auswirkungen. So stellten das Virus und die damit verbundenen Einschränkungen auch uns vor Herausforderungen, die vorher undenkbar gewesen wären. Zwischenzeitlich konnten keine persönlichen Termine stattfinden, Alternativen mussten gefunden werden. Zeitdruck, technische Voraussetzungen, Datenschutz und das know-how, technische Möglichkeiten dann auch anzuwenden, sind nur einige Stolpersteine, die plötzlich Auseinandersetzungen an ganz anderen Stellen bedeuteten, als wir es gewohnt waren.

Aus dem Verein

2020 lief das Projekt zur Qualifizierung von ehrenamtlichen Vormünder*innen aus. Eine langjährige Mitarbeiterin hat uns zum Projektende verlassen. Wir wünschen ihr alles Gute. Außerdem wurde die Stelle der Ehrenamtskoordination ohne jegliche Begründung gestrichen, was wir sehr bedauern.

Andere Stellen wurden wie im letzten Jahr fortgeführt. Wegen des Auslaufens des Projekts und zwei Schwangerschaften gab es mehrere Wechsel zwischen einzelnen Arbeitsbereichen von bereits angestellten Mitarbeiter*innen. Die Arbeit war dieses Jahr eher auf anderen Ebenen von Veränderungen geprägt.

Corona hat, wie zuvor erwähnt, massive Auswirkungen gehabt. Während andere Stellen den gesamten Publikumsverkehr einstellten, war es für uns aus verschiedenen Gründen nicht möglich, ausschließlich aus dem Homeoffice zu arbeiten. Monatelang arbeiteten wir in einem Schichtsystem. Das Team wurde zweigeteilt um sicherzustellen, dass, falls sich ein Teammitglied infiziert hätte und in Folge dessen eine Schicht ausgefallen wäre, die andere Schicht weiterhin arbeitsfähig geblieben wäre. Das Schichtsystem bedeutete für uns, die Hälfte des Tages die Büroräume nutzen zu dürfen und die andere Hälfte im Homeoffice zu arbeiten. Wir sind glücklich, inzwischen ein Hygienekonzept erarbeitet zu haben, was es uns aktuell (Stand Mitte Oktober 2020) erlaubt, wieder als Team zusammen in den Büros zu arbeiten. An dieser Stelle bedanken wir uns für das Krisenmanagement unseres Koordinierungsgremiums und dessen Geduld und Mühen.

Ein besonderer Dank geht auch in diesem Jahr wieder an Verwaltung und IT, ohne die wir unsere Beratungsarbeit nicht umsetzen könnten. Vor allem der IT-Bereich ist aufgrund von Corona besonders gefordert. Vielen Dank.

Außerdem geht ein großes Dankeschön an unsere Reinigungskraft und den ehrenamtlichen Vorstand.

Großer Dank gilt auch unseren Unterstützer*innen. Also auch allen Menschen, mit deren Beiträgen der Infobrief 2020 erst entstehen konnte. Dankeschön.

Wir hoffen sehr, unsere Arbeit auch im Jahr 2021 effektiv fortführen zu können.

Herzliche und solidarische Grüße

Jinga Rosa Rempe für das Team vom AK Asyl e.V.

Psycho-soziale Beratung für geflüchtete Kinder/Jugendliche

Ausblick auf das Jahr 2021: dreijähriges Modellprojekt für Bielefeld und OWL orientiert an den Bedürfnissen begleiteter und unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter

von Klaus Daniel (DfB), Kristin Nahrman (AK Asyl) und Franziska Fritz (AK Asyl)

Die Psycho-soziale Beratung wird als ein Verbundprojekt angelegt, das in erster Linie aus der Diakonie für Bielefeld (DfB) und dem AK Asyl e.V. besteht. Die Arbeiterwohlfahrt wird mit einem zusätzlichen Bereich voraussichtlich auch dazu stoßen. Die Bündelung der sozialarbeiterischen und der psychologischen Kompetenzen soll spezifisch geflüchtete unbegleitete und begleitete Kinder und Jugendliche mit Gewalt- und Foltererfahrung unterstützen.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben eine deutlich erhöhte Wahrscheinlichkeit an psychischen Störungen zu erkranken, bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten erkrankt sogar jeder zweite Jugendliche an einer oder mehreren psychischen Traumafolgestörungen. Auch die Aufenthaltssituation der Kinder und Jugendlichen hat einen Einfluss auf die mögliche Entstehung einer Traumafolgestörung und stellt somit auch einen Risikofaktor dar. Ist der Aufenthalt ungesichert, zeigt sich eine hohe Belastung der Kinder und Jugendlichen – und bei Begleiteten auch eine Belastung des Familiensystems – in ihren aktuellen Lebenssituationen.

Neben über 600 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in der Region Bielefeld/OWL befinden sich zudem mehr als 3000 begleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Stadt Bielefeld, mehr als 2000 von ihnen unter 15 Jahren. Für beide Zielgruppen gibt es keine spezialisierte Anlaufstelle um psycho-soziale Hilfen zu erhalten. Sie tauchen im Regelsystem nur sehr vereinzelt auf und können trotz massiver Problematiken und Hilfebedarfe durch vorhandene Behandlungsangebote bisher nicht erreicht werden.

Auf Grund des hohen Bedarfs soll ein Psycho-soziales Angebot entstehen, was auf die spezifischen emotionalen, sozialen und psychologischen

Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung ausgerichtet ist. Hiermit soll die Versorgungslücke geschlossen werden, bei der es zwar für erwachsene Geflüchtete begrenzt Angebote gibt, nicht jedoch für die besonders vulnerable Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Die Eingliederung in die Gesellschaft und die Schaffung von Teilhabe soll hierdurch erreicht werden. Das PSB soll zudem langfristig durch Netzwerk- und Multiplikatoren-Arbeit einen gesellschaftlichen Beitrag zur zukunftsorientierten Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen leisten, indem Beratungs- und Behandlungsangebote und Materialien weiterentwickelt und Fachkräften zur Verfügung gestellt werden, Fortbildungen abgehalten werden und so die Auswirkungen des Projekts auch über die Grenzen des Klientels hinausgehen.

So konnten wir seit Anfang dieses Jahres langsam mit der Planung und Konzeptionierung beginnen. Es wurden u.a. bereits Stiftungen zur Finanzierung gesucht, mögliche Räumlichkeiten inspiziert und nähere Tätigkeitsbereiche beschrieben.

Wir freuen uns, hoffentlich nächstes Jahr die Eröffnung zu feiern und sowohl betroffene Kinder und Jugendliche als auch ihre Angehörigen, Fachkräfte und Interessierte begrüßen zu dürfen.



Neue Clearingstelle 'Migration und Gesundheit' in Bielefeld

von Uta Braune-Krah

In den Jahren 2018 und 2019 haben sich verschiedene Akteure, insbesondere die ehrenamtlichen Mitarbeitenden im MediNetz des AK Asyl, mit ihren Erfahrungen, durch sachliche Erhebungen von Daten und Fakten sowie Vorsprache bei verschiedenen Kooperationspartnern, hier vor allem der Stadt Bielefeld, für die Einrichtung einer „Clearingstelle Migration und Gesundheit für Menschen ohne Krankenversicherung in Bielefeld“ eingesetzt.

Das Engagement aller Beteiligten hat sich gelohnt:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Bielefeld hat für die Jahre 2020-2022 die Finanzierung einer 0,25 Stelle bewilligt, um im Rahmen einer Clearingstelle (zugewanderten) Menschen ohne geklärten Krankenversicherungsschutz den Zugang zum gesundheitlichen Regelsystem und zur Regelversorgung zu ermöglichen.



**Clearingstelle
Migration
und Gesundheit**



Der Sozialdienst Bethel, in dem ich seit Oktober 2019 bei Streetmed – Aufsuchende Gesundheitsfürsorge- als Krankenschwester und Sozialarbeiterin arbeite, hat aufgrund der räumlichen und personellen Möglichkeiten den „Zuschlag“ bekommen. In enger Kooperation und Zusammenarbeit mit dem MediNetz des AK Asyl bin ich nun seit Februar dabei, erste Schritte für die Entwicklung der Clearingstelle zu unternehmen, etwas ausgebremst von den Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Bei der Arbeit der Clearingstelle geht es darum, für jeden „Fall“ – hinter dem ja immer Menschen mit ihren Geschichten und Erfahrungen stecken – in ausführlichen Gesprächen und durch gründliche Sichtung von Unterlagen und Umständen zu prüfen, ob es möglicherweise Voraussetzungen über das Heimatland oder in Deutschland gibt, die eine gesundheitliche Versorgung über eine hiesige gesetzliche Krankenversicherung ermöglichen. Bis zur endgültigen Klärung, ob der Eintritt in die Regelversorgung möglich ist, kann die Versorgung über Streetmed durch ärztliche Untersuchung und die Gabe von Medikamenten sowie ggfs. Betreuung über das MediNetz-Team einigermaßen gewährleistet werden.

Die Kombination meiner Arbeit bei Streetmed und der gute Austausch mit dem MediNetz sowie anderen kompetenten Beraterinnen und Beratern lassen mich langsam in die Arbeit hereinwachsen. Es gibt viel zu lernen und immer Neues zu erfahren! Bisher mache ich gute Erfahrungen mit den zuständigen Behörden, um aktuell durch Corona in Bielefeld „gestrandete“ Personen mit Sozialleistungen, vor allem im Hinblick auf Gesundheit, zu unterstützen.

Psychoedukative Gruppe für Frauen* aus Nigeria

Im PSZ Bielefeld findet am Standort der 'Klinik für psychotherapeutische und psychosomatische Medizin' seit 2015 monatlich eine englischsprachige psychoedukative Gruppe für Frauen* aus Nigeria statt.

von Mariella Löllmann (Psychologin, M.Sc.)

Etwa fünf bis zehn Frauen* aus Bielefeld und der Umgebung nehmen regelmäßig an der Gruppe teil. Einige Frauen* sind bereits seit Beginn der Gruppe dabei, andere Teilnehmer*innen kamen nach und nach hinzu. Eine Vermittlung in die Gruppe findet über den AK Asyl e.V. statt.

Neben zumeist traumatischen Erlebnissen im Heimatland war ein Großteil der Frauen auf der Flucht Menschenhandel und Zwangsprostitution u.a. in Libyen, Italien oder Spanien ausgesetzt.

Die Gruppe wird von zwei Psychologinnen aus dem PSZ Bielefeld geleitet, die für jede Sitzung einen thematischen Schwerpunkt setzen. Neben der Vermittlung von Wissen über Traumafolgestörungen und Übungen zum verbesserten Umgang mit u.a. Anspannung, Flashbacks oder Alpträumen, steht den Frauen der therapeutische Raum für den Austausch miteinander zur Verfügung. Die Gruppe hat dabei eine haltgebende, ressourcenfördernde und alltagsstrukturierende Funktion. Das Feststellen von Gemeinsamkeiten, ähnlichen Lebenserfahrungen oder geteilten Alltagsproblemen sowie die Akzeptanz von individuellen Unterschieden und Bewältigungsstrategien sind dabei essentiell.

Viele der Teilnehmer*innen sind Mütter und eine Betreuung der Kinder während der Gruppenzeit ist für viele Frauen* aufgrund ihrer sozialen Situation häufig nicht möglich. Daher findet parallel zur Gruppe eine Kinderbetreuung statt, welche den Frauen* ermöglicht, regelmäßig am Gruppenprozess teilzunehmen.

Während zu Beginn der Gruppe sich alle Frauen* im laufenden Asylverfahren befanden, trifft dies mittlerweile nur noch auf wenige Teilnehmer*innen zu. Ein Großteil der Frauen hat im Verlauf eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Asylrechtliche Fragen tauchen dennoch immer wieder in der Gruppenzeit auf und eine Sozialarbeiter*in des AK Asyls steht als Ansprechpartner*in bei Bedarf zur Verfügung.

Ein Austausch und eine Vernetzung der Frauen untereinander findet inzwischen längst nicht mehr nur im therapeutischen Setting, sondern auch im privaten Umfeld statt, was gruppenkonzeptuell unterstützt wird. Besonders jetzt, da seit Beginn der Corona Pandemie die Gruppe pausieren muss, zeigt sich in Telefonaten mit den einzelnen Teilnehmer*innen, wie fest die Gruppe zusammenhält und selbstorganisiert von den Teilnehmer*innen in kleinen Kreisen fortgeführt wird.



PSZ im Internet

www.psz-bielefeld.de

www.psz-nrw.de

Hotline für Geflüchtete in Landesunterkünften

von Franziska Fritz

Die Covid-19 Pandemie hat dieses Jahr 2020 viele Folgen, die wie Pilze aus dem Boden sprießen, mit sich gebracht. Geschäfte wurden geschlossen, persönliche Kontakte eingeschränkt, aber auch für Geflüchtete und Mitarbeiter*innen in den Gemeinschaftsunterkünften bedeutet dies eine große Veränderung. Ich bin im Juni 2020 aus der Regionalberatung in das PSZ gewechselt und werde im Folgenden einen kleinen Einblick in mein neues Tätigkeitsfeld geben. Ich bin unter anderem für die Durchführung der NRW-PSZ-Telefonsprechstunde, die ein Angebot für Geflüchtete in Landeseinrichtungen ist, zuständig.

Die Lebens- und Wohnsituation in den Unterkünften wurde weit eingeschränkt und die Informationsweitergabe bezüglich der internen Maßnahmen, Strukturänderungen, Änderungen der Lebensbedingungen und Schutzmaßnahmen sind eher gering. Dagegen sind die Ängste und Sorgen der Bewohner*innen sehr groß.

Daher haben sich die Psychosozialen Zentren (PSZ) in NRW schnell im April zusammengeschlossen, um in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) eine Telefonberatung anzubieten.

TRAUMA und ASYL in NRW
Netzwerk Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer



LVR
Qualität für Menschen

PSYCHOSOZIALE STABILISIERUNG UND BERATUNG PSYCHOSOCIAL STABILISATION AND COUNSELLING

Sind Sie in einer Unterkunft während der Corona-Krise?

Are you in a camp during the corona crisis?

Sorgen, Ängste, Fragen?

Worries, fears, questions?

☎ 05251 / 889-0060

Rufen Sie uns an!

Call us!

Montag – Freitag

Monday - Friday

11.00 - 12.00am

Deutsch und Englisch

german and english



Telefonberatung für alle Menschen in Unterkünften.

Telephone counselling for all people in camps.

Wir können Ihr Anliegen an Berater*innen in Ihrer Sprache vermitteln!

We can transmit your concern to counselors in your language!

weiter auf der nächsten Seite



Aus dem Verein

Die Telefonberatung war zunächst angedacht für eine Dauer von drei Monaten, wurde jedoch immer weiter verlängert. Dazu formuliert das Konzept Psychosoziales Versorgungsangebot der PSZs in NRW und dem LVR (PSZ/LVR) für Gemeinschafts-unterkünfte für Flüchtlinge auf Landesebene während der COVID-19 Pandemie folgendes:

„Essentiell gilt es, ein Bedrohungsszenario zu vermeiden, um negativen Entwicklungen vorzubeugen. Aus den psychischen Belastungsfaktoren der Quarantäne resultieren unmittelbare Handlungsempfehlungen, unter anderem eine umfassende, transparente Information über Notwendigkeit und Dauer der Maßnahme und die Bereitstellung von Ansprechpersonen für Krisen. Eine konsistente, kontinuierliche und vor allem mehrsprachige Kommunikation ist dabei essentiell.

Zu vermeiden ist der Einsatz von (vermummten) Polizeieinheiten und die Unterbringung in Räumlichkeiten, die Haftanstalten ähneln.“

Dazu mussten sich die PSZ in ganz NRW rasant zusammenschließen. Aufgrund der guten Vernetzung konnte so in wenigen Wochen bereits eine Cloud, in der sich alle wichtigen Dokumente befinden, für die Mitarbeiter*innen der Hotline aufgebaut werden. So konnten alle sofort auf die gleichen Informationen zugreifen. Außerdem fand sich ein Beraterstab, bestehend aus 4 Personen, zusammen, die sich via Telefon- und Videokonferenzen immer aktuell mit den anderen Stellen getroffen und abgestimmt hat.

Für die vielen Mitwirkenden der Hotline fanden wöchentliche Videokonferenzen statt, um weitere Strukturen, Weiterentwicklungen, Hindernisse und Inhalte besprechen und austauschen zu können.

Aber wie lief das Prozedere für die Hilfesuchenden denn nun ab?

Es hingen in den Unterkünften Infozettel mit der Telefonhotline aus, zunächst in deutscher und englischer Sprache und später auch in anderen diversen Sprachen. Wenn unter dieser Nummer angerufen wurde, wurde man direkt mit Mitarbeiter*innen, die gerade die Hotline betreuten, verbunden, später sogar direkt passend zu der Sprache. So wurde auf ein Anruf in türkischer Sprache mit einer türkischsprechenden Ansprechperson zur entsprechenden Uhrzeit für die Hotline verbunden. Konnten sozialarbeiterische Fragen direkt beantwortet werden, konnte die Unterstützung direkt geschehen. Bestand die Situation einer psychischen Krise, wurde zu zuständigen Psycholog*innen oder Psychotherapeut*innen, welche zum PSZ gehören, vermittelt. Aktuelle Notlagen bezüglich der Coronapandemie konnten so im ersten Schritt aufgefangen werden und im besten Falle an Kolleg*innen in den Unterkünften oder auch außerhalb weitervermittelt werden.

Sehr beeindruckend empfand ich nach dem Einstieg in den Arbeitsbereich des PSZs, wie eng und effektiv das Netzwerk der Psychosozialen Zentren in NRW sich zusammenschließen und miteinander eng verzahnt arbeiten konnte, um zeitnah ein umfangreiches Unterstützungsangebot für die Hilfesuchenden in den Landesunterkünften zu schaffen.

AK Asyl e.V. im Internet

www.ak-asyl.info

Geflüchtete, Unterstützer*innen und Interessierte finden auf den Seiten ausführliche Erklärungen zu den einzelnen Arbeitsbereichen. Dort befinden sich auch die aktuellen Sprechzeiten und Kontaktdaten von allen Mitarbeiter*innen.

Etwa monatlich gibt es aktuelle Mitteilungen des AK Asyl e.V. oder aus dessen Umfeld. Eine gute Möglichkeit um in der Zeit bis zum nächsten Infobrief 'grenzelos' auf dem Laufenden zu bleiben. Unter anderem werden dort die Termine, Veranstaltungen und die Pressemitteilungen des Vereins veröffentlicht.

Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung – und wir brauchen Eure!

**Liebe Freund*innen, liebe Unterstützer*innen,
liebe Interessierte,**

Grenzen zu – Geflüchtete abwehren und zurückschicken. Diese Devise löst das Willkommen von 2015 ab. Aber wohin führt die Abschottung? Das brennende Lager von Moria ist zum Sinnbild geworden. Es zeigt uns:

- Menschen flüchten weiterhin vor unmenschlichen Bedingungen in ihren Ländern.
- Geflüchtete brauchen dringend unsere Solidarität und Unterstützung.

Wir möchten Menschen hier teilhaben lassen – Menschen aus Ländern, in denen sich vielfältige brutale Willkür über Menschenrechte hinwegsetzt. Bitte unterstützt uns dabei mit Eurer Spende!

Beim AK Asyl e.V. kämpfen wir dafür, dass Geflüchtete in Bielefeld und Ostwestfalen-Lippe einen sicheren Aufenthalt und eine gute Versorgung bekommen. Einer von ihnen ist Majid:

Er floh aus dem Irak, um der Rekrutierung des IS zu entgehen. Er lebte sich in Bielefeld gut ein und begann eine Maurerlehre. Im Asylverfahren war er nicht in der Lage, ausführlich zu berichten, die Erinnerungen waren zu schrecklich. Der Asylantrag wurde abgelehnt. Wir berieten ihn aufenthaltsrechtlich und vermittelten ihm psychologische und ausbildungsbegleitende Hilfen. Mit einem Rechtsanwalt wurde Klage gegen die negative Entscheidung erhoben. Dafür konnten wir für ihn eine fachärztliche Stellungnahme erreichen. Die überzeugte die Richterin, sie entschied seinen Fall positiv. Majid hat nun eine Aufenthaltserlaubnis und auch den Gesellenbrief in der Tasche.

Wir bitten Euch herzlich, mit einer regelmäßigen oder einmaligen Spende diese Arbeit abzusichern. Wir bieten Beratung an rund um das Asylverfahren, für weitergehende Fragen zum Aufenthaltsrecht, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für traumatisierte Geflüchtete sowie für ausländische Studierende. Dafür benötigen wir Eure Spenden:

Spendenkonto bei der GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE96 4306 0967 4037 7531 00 | BIC: GENODEM1GLS | Stichwort „SPENDE“

Wir bedanken uns schon jetzt vielmals für bereits geleistete und noch eingehende Spenden. Gerne informieren wir ausführlicher über unsere Arbeit. Ansprechpartnerin: Friederike Schleiermacher Tel. 0521 / 546 515-31; schleiermacher@ak-asyl.info

Mit solidarischen Grüßen im Namen des AK Asyl e.V.

Friederike Schleiermacher

PS: Zur Förderung einer Dankeschön-Kultur gibt es in Bielefeld die Engagement-Card. Sie bietet zahlreiche Vergünstigungen. Antragsvoraussetzungen: mindestens 50 bzw. 100 Stunden ehrenamtliche Arbeit innerhalb von 12 Monaten tätig oder Spenden von mindestens 750 €. www.engagement-card.de

Absonderungshaft – Eine Bielefelder Erfindung?

Absonderungshaft gegen Flüchtlinge ist eine neue Form der Haft, die zuerst bei geflüchteten Menschen in Bielefeld eingesetzt wurde. Sie soll der Durchsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen dienen. In diesem Artikel wird zunächst der konkrete Fall beschrieben. Im zweiten Abschnitt geht es um eine rechtliche Einordnung des Sachverhalts. Zum Schluss kommentiert der Autor die Maßnahme und ordnet sie in gesamtgesellschaftliche Diskriminierungsmuster ein.

von Frank Gockelⁱ

I Fallbeschreibung

Im Infobrief ‚grenzenlos‘ ist es nicht üblich, mit vielen Fußnoten zu arbeiten. Da dem Autor jedoch bereits der Vortrag von falschen Informationen vorgeworfen wurde, sei es hier erlaubt.

Am 20.4.2020 betreten gegen 19:00 Uhr Mitarbeiter_innen des Gesundheitsamtes, des Ordnungsamtes und der Polizei die Erstaufnahmeeinrichtung Oldentruper Hof in Bielefeld. Dort wurde den Betroffenen mitgeteilt, dass sie ihre Zimmer nicht mehr verlassen dürften, weil sie in Quarantäne seienⁱⁱ. Darunter waren auch Menschen aus dem Raum 218. Während alle Bewohner_innen nur zu zweit in einem Zimmer untergebracht wurden, mussten die Betroffenen zu viert in einem Zimmer wohnen. Aus ihrer Sicht handelte es sich um eine Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe. Sie haben zu keinem Zeitpunkt erklärt, dass sie den Raum verlassen wollten, haben aber nach einem Arzt gefragt, der nicht gekommen ist. Ein Verlassen des Raumes war auch nicht möglich, da die Flure von einem Wachschatz überprüft wurdenⁱⁱⁱ.

Gegen 20:40 Uhr erhielt die Polizei von einer unbekanntem Stelle eine Mitteilung, dass die Betroffenen planen würden, die Unterkunft zu verlassen^{iv}. Sie hatten sich zuvor erneut beim Wachschatz hinsichtlich eines Arztes gemeldet und wurden deswegen als renitent eingestuft. Anschließend, um etwa 21:05 Uhr hat die Polizei das Zimmer der vier Personen aufgesucht und sie in Gewahrsam genommen^v.

Am 21.4.2020 ordnete das Amtsgericht Bielefeld die Inhaftierung der Betroffenen bis zum 28.4.2020 an, ohne die Betroffenen anzuhören. Das Gericht war der Überzeugung, dass dieses aus Seuchenschutzgründen nicht möglich sei. Mit dem Haftbeschluss wurde ein Anwalt für die Betroffenen als Verfahrenspfleger bestellt, aber auch dieser wurde im Verfahren nicht angehört^{vi}.

Am 26.4.2020 meldete sich das Gesundheitsamt Paderborn beim Amtsgericht Paderborn, dass sich die vier in Absonderungshaft in Büren befänden. Das Gesundheitsamt stellte telefonisch einen Haftverlängerungsantrag^{vii}. Der Haftantrag des Gesundheitsamtes wurde den Betroffenen nicht ausgehändigt oder gar übersetzt^{viii}. Vermutlich lag er nicht vor^{ix}. Die vier Personen wurden in einen Käfig im Außenbereich des Gefängnisses zum Zwecke der Anhörung gebracht. Ein_e Dolmetscher_in war nicht anwesend. Obwohl die Anhörung nicht öffentlich ist, durfte das Personal des Gefängnisses als Zuschauer_innen anwesend sein. Der Verfahrenspfleger der Betroffenen war nicht anwesend^x. Die Haft wurde bis zum 8.5.2020 verlängert^{xi}. Am 27.4.2020 bedankte sich der Anwalt der Betroffenen und ordnete an, dass die Betroffenen weiterhin geschlossen untergebracht bleiben^{xii}. Mit dem Laborbericht v. 29.4.2020 wurde mitgeteilt, dass bei den Betroffenen keine RNA des Coronavirus nachgewiesen werden konnte^{xiii}. Am 4.5.2020 hat das Amtsgericht Paderborn die Haft schließlich aufgehoben^{xiv}.

II Rechtliche Würdigung

Das Infektionsschutzgesetz erlaubt in § 30 Abs. 2 die Inhaftierung von Menschen, die sich nicht an geltende Quarantäneauflagen halten. Hierbei sind jedoch aus dem Grundgesetz und den daraus folgenden Verfahren viele weitere Gesetze einzuhalten.

Das Verfahren vor den Amtsgerichten

An dieser Stelle sei ohne weitere Nachweise und Fundstellen nur auf ein paar Fehler der Gerichtsbeschlüsse eingegangen. Der Autor liest fast täglich Haftbeschlüsse, die beiden Beschlüsse stechen aber aufgrund der Masse von Verfahrensfehlern besonderes heraus, so dass nicht auf jeden einzelnen Fehler eingegangen werden kann.

Das Grundgesetz sieht in Art. 103 Abs. 1 vor, dass Betroffenen ein rechtliches Gehör eingeräumt werden muss. Dieses hat bei Freiheitsentziehungssachen immer persönlich zu erfolgen. Zwar kann das rechtliche Gehör aus Seuchenschutzmaßnahmen unterlassen werden, aber nur, wenn es absolut keine andere Möglichkeit gibt. Abstandhalten, Mund- und Nasenschutz oder eine Trennscheibe stellen hingegen mögliche Mittel dar. Dennoch wurde den Betroffenen das rechtliche Gehör von Seiten des Amtsgerichts Bielefeld nicht eingeräumt. Sowohl das Amtsgericht Bielefeld als auch das Amtsgericht Paderborn haben den Verfahrenspfleger erst mit dem Beschluss bestellt, so dass er auf die Beschlussfindung keinen Einfluss nehmen konnte. Wie er unter diesen Bedingungen die Interessen der Betroffenen vertreten soll, bleibt unklar. Ohne einen Haftantrag der Behörden, der den Betroffenen hätte ausgehändigt und übersetzt werden müssen, waren die Betroffenen nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Dass außerdem weder eine Person des Vertrauens noch das Konsulat über die Inhaftierung informiert wurden, lässt die Betroffenen total aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit bzw. notwendiger Unterstützer_innen verschwinden und es wird somit eine (juristische) Unterstützung außerhalb der Gefängnismauern unmöglich gemacht.

Die Unterbringung in der Absonderungshaft

Das Infektionsschutzgesetz sieht in § 30 Abs. 1 S. 1 IfSG vor, dass der Vollzug der Haft in einem Krankenhaus erfolgen soll. In Satz 2 ermöglicht es zusätzlich die Unterbringung in einer Absonderungshaftanstalt. Die Unterbringung in einem Krankenhaus ist in Deutschland nichts Neues. So werden bereits seit Jahren Menschen, die an Tuberkulose erkrankt sind, im Klinikum für Lungen- und Bronchialheilkunde am Bezirkskrankenhaus Parsberg inhaftiert. Das RKI hat bereits 1999 ein Konzept vorgelegt, das eine Einrichtung von weiteren Kompetenzzentren zur Behandlung von Seuchenerkrankungen in Deutschland fordert^{xv}. Solche Kompetenzzentren sind bisher in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart und Trier geschaffen worden. Bei allen Kompetenzzentren handelt es sich um Krankenhäuser, in denen Menschen aufgrund eines richterlichen Beschlusses gegen ihren Willen inhaftiert werden können.

Als der Gesetzgeber im Jahre 2000 das neue Infektionsschutzgesetz verabschiedet hat, hat er versäumt, ein Vollzugsgesetz zu schaffen. Das Fehlen eines Vollzugsgesetzes ist bereits in Krankenhäusern bedenklich, da jede Haft automatisch mit einer Vielzahl von Grundrechtseingriffen behaftet ist, in die ohne ein entsprechendes Gesetz nicht eingegriffen werden darf. Neben der reinen Einschränkung der Freiheit, die noch durch das IfSG geregelt ist, greift die Inhaftierung in grundlegende Rechte ein, wie z.B. die Möglichkeit, Besuch in unbegrenztem Maße zu empfangen, telefonieren zu können, eigene Habe zu besitzen, Anwälte_innen und NGO's zu kontaktieren, sich nicht zwangsweise medizinisch behandeln zu lassen, nicht gefesselt zu werden, keine Sanktionen für Fehlverhalten zu bekommen und nicht fixiert zu werden. Das sind nur einige von sehr vielen Rechten, die in Haft eingeschränkt werden. Daher ist es für den Vollzug nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes unerlässlich, ein entsprechendes Vollzugsgesetz einzuführen^{xvi}.

weiter auf der nächsten Seite



Vor der Haustür

In den Krankenhäusern gibt es zumindest einen Ansatz einer Regelung in Form der Krankenhausgesetze der Länder. So ist in NRW beispielsweise geregelt, dass die Pflege, Betreuung und Behandlung sowie die gesamten Betriebsabläufe des Krankenhauses der Würde der Patientinnen und Patienten sowie ihren Bedürfnissen nach Schonung, Ruhe und einer aktivierenden Genesung anzupassen und angemessen zu gestalten sind^{xvii}. Weitere Belange, wie z.B. die Besuchszeiten sind geregelt und es gibt eine Beschwerdestelle. Dies bewegt sich zwar weit entfernt von einem Vollzugsgesetz, wie es dem Bundesverfassungsgericht vorschwebt, bildet jedoch immerhin einen Ansatz. Hinzu kommt, dass allein durch die Ausbildung des Pflegepersonals gegenüber der von Vollzugsbediensteten oder wie in Absonderungshaft üblich eines privaten Wachschutzes ein ganz anderer Umgang mit den Betroffenen gelernt und angewendet wird.

Werden Menschen nun in Absonderungshaft untergebracht, so gilt in diesen Gefängnissen keine rechtliche Grundlage. Die Bezirksregierung Detmold, Betreiberin der Absonderungshaft in NRW gibt dieses auch unumwunden zu^{xviii}. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat da bereits wesentlich mehr Bedenken und geht davon aus, dass zumindest das Abschiebungshaftvollzugsgesetz NRW gelten müsste^{xix}. Dieses ist zwar auch grundlegend falsch, denn Abschiebungshaft hat mit Absonderungshaft nichts gemein. Dennoch war sich der wissenschaftliche Dienst der Problematik des fehlenden Vollzugsgesetzes durchaus bewusst und hat so zu einem Notanker gegriffen.

Da das Land NRW jedoch bei dem Vollzug kein Gesetz anwendet, sind die Gefangenen der reinen Willkür des Anstaltsleiters ausgesetzt. Er bestimmt gottgleich alles, was die inhaftierten Menschen betrifft. Durch mangelnde Regelungen hinsichtlich des Zugangs von Besucher_innen, Anwält_innen und NGOs und das Fehlen von Beschwerdestellen und Zugangsmöglichkeiten zu den Gerichten können sich die Betroffenen, die sowieso schon wegen Sprachbarrieren stark eingeschränkt sind, nicht gegen die Maßnahmen zur Wehr setzen.

III Kommentierung

COVID-19 ist nicht rassistisch. Ein Satz, den ich in den letzten Wochen immer wiederholt habe. Es befällt Menschen, egal welche Hautfarbe sie haben, wo sie herkommen und welche Nationalität sie besitzen. Dem Autor sind zwischenzeitlich 19 Fälle aus NRW bekannt, in denen Menschen nach § 30 Abs. 2 IfSG aufgrund eines richterlichen Beschlusses inhaftiert wurden. Er schätzt die Gesamtzahl allein in NRW auf 50 bis 60 Fälle. Alle Betroffenen wurden in Krankenhäusern eingesperrt, alle, bis auf Menschen mit Fluchthintergrund. Warum?

Bundesweit sind bisher drei Absonderungsgefängnisse bekannt: neben Büren jeweils ein Gefängnis in Ingelheim und eins in Schönefeld. In keinem Absonderungsgefängnis war bisher ein Deutscher inhaftiert. Es betraf „nur“/ausschließlich Menschen mit Fluchthintergrund und sog. „Wanderarbeiter“ ohne Papiere. Warum?

Dieses Warum lässt sich nur mit einem Wort erklären: Rassismus.

Aber ehrlich gesagt, verwundern mich diese Denkstrukturen in den Köpfen von Mitarbeiter_innen aus Behörden nicht. Während man bei deutschen Erkrankten keine Lösung/Möglichkeit der erzwungenen Isolierung hat, denn Strafhaftanstalten kommen nun wirklich nicht in Frage, so hat es in Deutschland seit über 100 Jahren eine Tradition, Menschen ohne deutschen Pass in besonderen Gefängnissen, den Abschiebehaftanstalten, unterzubringen. Gerade die Stadt Bielefeld ist eng umwoben mit der Abschiebehaft in Büren. Gleich zwei städtische Behörden (Zentrale Ausländerbehörde und Zentrale Flugabschiebung) arbeiten dem Abschiebegefängnis in Büren zu und so geht jede Abschiebung in NRW über den Schreibtisch der Stadtverwaltung. Somit scheint der Gedankengang der Haftmöglichkeit für Flüchtlinge selbst dem Gesundheitsamt näher zu sein als ihre Unterbringung in einem Krankenhaus.

Was aber sehr erstaunt, ist das Wegsehen der Zivilgesellschaft. Geht man von der falschen, aber immer noch besseren Idee des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages aus, dass das Abschiebehaftvollzugsgesetz gilt, tragen in der Haftausgestaltung der Absonderungshaft beide Kirchen, die muslimischen Verbände, die Wohlfahrtsverbände, der Flüchtlingsrat NRW, die Stadt Büren und alle Fraktionen im Landtag eine besondere Verantwortung, denn sie sind damit automatisch im Beirat der Absonderungshaft. Tatsächlich haben sie aber die Betroffenen nicht unterstützt, sie nicht einmal besucht. Was jedoch viel schwerer wiegt ist, dass sie geschwiegen haben und immer noch schweigen. Eine rassistisch motivierte Sonderbehandlung von Flüchtlingen und alle sehen weg. Woran liegt es?

Heute, wo ich gerade diese Zeilen schreibe, steigen die Zahlen der an COVID-19-erkrankten Menschen wieder. Es steht zu befürchten, dass eine 2. Welle auf uns zukommt, vielleicht wesentlich schwerer als die erste Welle. Die Absonderungshaft für Flüchtlinge hat sich etabliert, weil alle schweigen. Das macht mir Angst.

Fußnoten

- i Der Verfasser arbeitet bei der Flüchtlingshilfe Lippe e.V., ist Gründungsmitglied des AK Asyl e.V. und führt seit über 25 Jahren rechtliche Beratung für Menschen in Abschiebehaft im Rahmen seiner Tätigkeit des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. aus. Der Artikel gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.
- ii Erstmeldung/Lagemeldung des Polizeipräsidiums Bielefeld, Aktenzeichen 400000-005864-20/3 v. 20.4.2020, 22:07 Uhr
- iii Anhörung des Amtsgerichts Paderborn v. 26.4.2020, Az.: 1 AR 174/20 – 177/29
- iv Erstmeldung/Lagemeldung des Polizeipräsidiums Bielefeld, aaO
- v Erstmeldung/Lagemeldung des Polizeipräsidiums Bielefeld, aaO
- vi Beschluss des Amtsgerichts Bielefeld v. 21.4.2020, Az.: XIV(B) 131/20
- vi Vermerk des Amtsgerichts Paderborn v. 26.4.2020, gegen 11:00 Uhr, Az.: 1 AR 174/20 – 177/20
- viii Es fehlt dazu ein Vermerk im Protokoll, Anhörung des Amtsgerichts Paderborn, aaO
- ix Vermutung des Autors
- x Anhörung des Amtsgerichts Paderborn, aaO
- xi Beschluss Amtsgericht Paderborn v. 26.4.2020, Az.: 1 AR 174/20.
- xii E-Mail des Verfahrenspflegers an den Gefängnisleiter v. 27.4.2020, 8:36 Uhr.
- xiii Endbefund Dr. med. Claudia Speckbacher u.a., v. 29.4.2020, 10:08 Uhr, Auftragsnummer SP UD28 0665
- xiv Beschluss Amtsgericht Paderborn v. 4.5.2020, Az.: 11 XIV(B) 87/20
- xv „Management und Kontrolle lebensbedrohlicher hochkontagiöser Erkrankungen“, BGesBl Heft 5/1999, S. 389
- xvi BverfG v. 31.5.2006 Az.: 2 BvR 1673/04 und 2 BvR 2402/04
- xvii § 3 KHGG NRW
- xviii <https://fragdenstaat.de/anfrage/absonderungshaft-in-buren/> abgerufen am 27.9.2020
- xix E-Mail des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. 3.6.2020 an MdB Ulla Jelpke, Die LINKE mit dem Betreff: „Nachfrage zum Auftrag vom 19. Mai 2020 zu Quarantäne-Maßnahmen gegenüber Flüchtlingen“

Seebrücke Bielefeld

von Anja Sportelli und Sebastian Koch

Tatort zentrales Mittelmeer

Im zentralen Mittelmeer werden Rettungseinsätze, die von der ehrenamtlich arbeitenden Crew von Alarmphone an die Leitstellen gemeldet werden, nicht bearbeitet. Häufig genug meldet sich einfach niemand. In vielen Fällen werden die Meldungen zwar entgegengenommen aber keine Rettung veranlasst. Ganz bewusst werden Rettungseinsätze verzögert, bis die sogenannte libysche Küstenwache die Menschen zurück ins Bürgerkriegsland Libyen bringt. Das Aufklärungsflugzeug von Sea-Watch, die Moonbird, und ihre Nachfolgerin, die Seabird, und Alarmphone haben etliche Fälle dokumentiert, in denen dies in internationalen Gewässern passiert, zum Teil auch in der SAR Maltas. Auch dies verstößt gegen internationales Recht. Hinlänglich dokumentiert ist, dass Frontex sich mit Aufklärungsflügen an dieser illegalen Praxis beteiligt. Zivile Schiffe (z.B. italienische Handelsschiffe) reagieren nicht auf die Rettungsrufe, ein klarer Verstoß gegen das Seevölkerrecht, das jedes Schiff verpflichtet, bei Seenot tätig zu werden. Was diesen Schiffen dann aber widerfahren kann, zeigt das aktuelle Beispiel des Handelsschiffes Etienne, das keinen sicheren Hafen zugewiesen bekommt, nachdem es Menschen aus Seenot gerettet hat.

Für Entsetzen sorgte auch der Fall um Ostern, als ein Flüchtlingsboot in Seenot geraten war und erst nach 5 Tagen auf See und über 40 Stunden nach der Meldung von der maltesischen Küstenwache gerettet wurde, die zuvor den Motor des Bootes beschädigt hatte. Die tödliche Konsequenz: 12 Tote.

Insgesamt sind in diesem Jahr bereits wieder mindestens 400 Menschen ums Leben gekommen. Die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher.

Tatort Kroatien

Das Border Violence Monitoring Network beschreibt alleine für 2020 Pushbacks von hunderten geflüchteten Menschen an der bosnisch-kroatischen Grenze. Diese Pushbacks erfolgen brutal und gewaltsam, wobei es anscheinend systematisch zu Folterungen kommt. Auch hier handelt es sich um einen fortlaufenden Verstoß gegen das Völkerrecht. Auch dies wird durch Gelder der EU mitfinanziert und gebilligt.

Überleitung zu Forderungen mit Bezug auf die deutsche Ratspräsidentschaft:

All diese oben genannten Tatorte sind von Europa bewusst geschaffene Räume der Verletzung von (Menschen-)Recht. Europa muss endlich anfangen, sichere Fluchtwege zu schaffen, anstatt sich weiter abzuschotten und die Würde von Menschen mit Füßen zu treten. Wir lassen in Europa nicht-weiße, nicht-europäische Menschen sterben aufgrund ihrer Herkunft. Das ist Rassismus. Die in Corona-Zeiten so viel beschworene Solidarität muss für alle Menschen gleichermaßen gelten und darf nicht abhängig von Hautfarbe oder Herkunft sein. Die deutsche Ratspräsidentschaft bietet nun die Chance, diese Solidarität auch umzusetzen. Anstatt also wie mit der kürzlich erlassenen Schiffssicherheitsverordnung des Bundesverkehrsministeriums (auf Veranlassung Horst Seehofers) Seenotretter*innen willkürlich bei ihrer humanitären Pflicht zu behindern, sollte Deutschland im Zuge seiner Ratspräsidentschaft dafür sorgen, dass die EU flüchtenden Menschen endlich angemessen Schutz und Hilfe gewährt. Die breite Zivilgesellschaft in Deutschland hat in den letzten Monaten unter anderem im Rahmen der "Leave No One Behind"-Kampagne genau dies gefordert. Deshalb stellen wir als Seebrücke an die deutsche Ratspräsidentschaft folgende Forderungen.

Die zentralen Forderungen der Seebrücke an die deutsche Regierung in Ausübung des Ratsvorsitzes der europäischen Union:

Zur Vermeidung weiterer Todesfälle[i] und um zur Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union zurückzukehren, fordere ich Sie anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dazu auf, mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, dass:

- 1. ein staatliches Seenotrettungsprogramm im Mittelmeer wieder aufgebaut wird.
- 2. die private Seenotrettung im Mittelmeer gefördert wird.
- 3. Blockaden von Schiffen der privaten Seenotrettungsorganisationen sofort gestoppt werden.
- 4. legale Fluchtwege nach Europa geschaffen werden.
- 5. die Flüchtlingslager auf den Ägäischen Inseln unverzüglich aufgelöst werden und die Menschen Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung, Bildung und rechtsstaatskonformen Asylverfahren erhalten.
- 6. ein funktionierendes System für die zügige Verteilung von geflüchteten Menschen in der EU geschaffen wird.
- 7. illegale Push-Backs durch europäische Staaten sowie sonstige Rechtsverletzungen im Umgang mit Geflüchteten in der Europäischen Union und an ihren Grenzen untersucht, gerügt und sanktioniert werden müssen.

Die Seebrücke ist eine breit aufgestellte, zivilgesellschaftliche Bewegung, die 2018 gegründet wurde als Reaktion auf die zunehmende Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer. Die Kampagne "Sichere Häfen" hat in Deutschland bewirkt, dass sich über 170 Städte, Kommunen und Länder zu sicheren Häfen erklärt haben mit der Auflage, Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, oder geflüchtete Menschen aus den griechischen Hotspots zusätzlich zum zugewiesenen Kontingent aufzunehmen. In 2020, besonders auch während des Lockdowns, hat die Seebrücke in der Kampagne Leave No One Behind zahlreiche Aktionen durchgeführt, um auf die fatale und gefährliche Situation der Menschen in den griechischen Hotspots aufmerksam zu machen.

Mitmachen bei der Seebrücke Bielefeld

Menschen, die sich gerne bei der Seebrücke beteiligen möchten, können gerne an den zweiwöchig stattfindenden Treffen teilnehmen. Wer von der Seebrücke über Veranstaltungen, Demos etc. informiert werden möchte, kann sich jederzeit an die Seebrücke wenden.

E-Mail: seebruecke-bielefeld@riseup.net



Redebeitrag Seebrücke Bielefeld Demo am 20. September 2020 vor der Stadthalle

von Jens Drüke, Seebrücke Bielefeld

Wir stehen jetzt hier vor der Bielefelder Stadthalle, bei ihrer Eröffnung vor 30 Jahren als symbolisches Schiff angelegt, vielleicht die geeignetste Kulisse dieser Stadt, um von Seenotrettung und „sicheren Häfen“ zu sprechen

Ja, Bielefeld ist seit 2 Jahren ein sogenannter „Sicherer Hafen“ und damit eine von über 170 Kommunen in Deutschland, die ihre zusätzliche Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete, zuletzt auch speziell für Menschen aus den Hotspots genannten Lagern auf den Ägäischen Inseln, erklärt haben. Das ist prima - leider allerdings bislang ohne eine praktische Auswirkung auf das Leben der Menschen, die mit diesen Solidaritätserklärungen gemeint sind. Denn alle Zusagen scheitern an der standhaften Weigerung der Bundesregierung, Menschen auch tatsächlich einreisen zu lassen. Und das gilt, allen Erklärungen zum Trotz, bis heute.

Lassen wir die Entwicklung Revue passieren:

Seit Jahren schon gibt es die Forderung von Geflüchteten, Unterstützer*innen und NGOs, diese Lager wegen ihrer Inhumanität zu schließen. Im Dezember 2019 wurde zumindest die Aufnahme unbegleiteter Kinder angesichts des Winters plötzlich breit debattiert – und von der Bundesregierung entschieden zurückgewiesen. Gleichzeitig hatte die Seebrückenbewegung eine Kampagne zur Auflösung der Hotspots an den EU-Außengrenzen und der Folterlager in Libyen gestartet. Erste Städte weiteten ihre Aufnahmeerklärungen auf die Hotspots und allen voran auf Moria als besonders drastisches Beispiel aus.

Dann kam Corona. Die Bedrohung, der die Menschen in den völlig überfüllten Lagern ausgesetzt sind, war offensichtlich, ein „Nicht-Handeln“ erschien vielen als das, was es ist: mindestens Unterlassene Hilfeleistung, wenn nicht gar Fahrlässige Tötung. Es gab unter dem Motto „LeaveNoOneBehind“ eine für Corona-Bedingungen beispiellose Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Die Forderung war klar: Evakuierung jetzt!

Ideen reichten von bereits organisierten Evakuierungsflügen bis hin zu Kreuzfahrtschiffen, die wegen Corona nutzlos im Meer lagen und gute Infrastrukturbedingungen für eine Quarantäne und zeitweise Aufnahme so vieler von Covid-19 bedrohter Menschen boten. Ein Reeder bot sein Schiff sogar – wie auch jetzt wieder - kostenlos an.

Der Druck ging weiter und die Positionen scheinen sich aufzuweichen. Drei Bundesländer haben mittlerweile – von Horst Seehofer blockierte - Landesaufnahmeprogramme beschlossen, es gab kleine Zusagen selbst der Bundesregierung für „vulnerable Personengruppen“. Doch genau diese „Zusagen“ der Bundesregierung, und seien sie auch noch so klein, sind mit Vorsicht zu genießen!

denn:

- die Umsetzung dieser Zusagen wird immer weiter verzögert. Bis heute sind von den im Juni im EU-Rahmen zugesagten Einreisen von etwa 900 Personen nur! die Hälfte erfolgt, wie gesagt: Es ging immer um eine „sofortige“ Entlastung.
- die Personen, auf die sich diese Zusagen beziehen, sind zu großen Teilen Menschen, denen durch Familienzusammenführungen etc. eh eine Einreise gestattet werden müsste. Dieses Herauszusuchen ist sicherlich ein großer bürokratischer Aufwand und erklärt evtl. zusätzlich die verzögerte Umsetzung.
- Deutschland rühmt sich immer wieder, Vorreiter*in zu sein bei Aufnahmen im Rahmen der EU. Doch auch den Verpflichtungen zur Aufnahme aus Seenot Geretteter aus dem Malta-Abkommen vom September 2019 ist Deutschland bisher nur etwa zur Hälfte nachgekommen, was den Druck auf die Seenotrettung im Mittelmeer eben nicht reduziert, wie angeblich beabsichtigt.

Es war pures Glück, dass bis September die Coronapandemie Moria – mit unvorstellbaren Auswirkungen - nicht erreicht hatte. Das änderte sich am 2. September! Und es sieht so aus, als ob verzweifelte Menschen in Moria am 8. September ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen haben

und das taten, was die EU nicht tat: Sie lösten dieses Lager der Schande auf! Die Menschen in Moria fühlten sich zurecht ihrer verzweifelten Lage preisgegeben und ihrer Menschenwürde beraubt, wie sie wiederholt und mit wütender Verzweiflung erklärten.

Denn: They left Them Behind!

Und noch immer bleibt es bei der europäischen und auch deutschen Blockadehaltung. Die jetzt ins Spiel gebrachte Zahl von 1500 Aufnahmen aus Griechenland bezieht sich nicht auf Moria – denn Moria soll auch nach dem Willen von Kanzlerin Merkel bestehen bleiben. Der Kampf der Menschen in Moria um ihre Würde und ihre Existenz soll unter keinen Umständen erfolgreich sein.

Machen wir uns also nichts vor:

Es geht hier nicht bloß um die Frage, 12.000 Menschen aus einer verzweifelten Notsituation zu evakuieren, sondern darum, das gesamte EU-Grenzregime neu zu verhandeln! Der Widerspruch zwischen dem eigenen „Humanitär-Erscheinen-Wollen“ und der weiteren Durchsetzung einer rigorosen EU-Migrationspolitik wird augenblicklich zu oft mit den Nebelkerzen einer scheinbaren Aufnahmebereitschaft zu kaschieren versucht. Selbst die Zusage, NRW könne 1000 bis 1500 Menschen aus Moria aufnehmen, die NRW-Ministerpräsident Laschet, der ja im August plötzlich so entsetzt über die Zustände in Moria war, am 10. September machte, entpuppte sich bei einer Anhörung im Landtag in Düsseldorf als Nebelkerze: Dieses Angebot gelte nur „im Rahmen einer europäischen Lösung“ präziserte er - einer Bedingung, von der niemand glaubt, dass sie in absehbarer Zukunft erfüllt werden wird. Und selbst wenn diese kommt, so hat die EU-Kommission nun klargestellt, wie diese aussehen soll:

- in erster Linie verstärkte Grenzsicherung
- weitere Abkommen zur Abwehr Geflüchteter mit Drittstaaten wie der Türkei und afrikanischen Despotenregimen, meist im Austausch gegen Rüstungsgüter
- Schnellverfahren in den Hotspots, die selbstverständlich bestehen bleiben, wohl ohne rechtliche Möglichkeit des Widerspruchs und mit entsprechendem Abschiebedruck

- erst dann: Verteilung derer, die diese Verfahren durchgestanden haben, auf die EU-Staaten

Der EU-Kommission geht es mitnichten um eine „Humanisierung der EU-Politik gegenüber Geflüchteten“, sondern um deren „Effektivierung“, was wie gehabt auf weitere Verschärfungen und noch stärkere Isolation Geflüchteter hinauslaufen wird.

Doch augenblicklich ist die repressive Migrationspolitik etwas in der Defensive. Nutzen wir diesen Moment und stellen wir laut unsere Forderungen! Und umso wichtiger sind – neben dem zivilgesellschaftlichen Widerstand – die lokalen und transnationalen Vernetzungen wie z.B. die „Sicheren Häfen“ und die „Cities of Solidarity“, die sich eher an den Realitäten der Migration und den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Hier entsteht lokalpolitischer Widerspruch, in Italien und Spanien, z.B. in Palermo und Barcelona auch lokalpolitischer Widerstand – gegen die nationalen und EU-Migrationsregime. Forderungen wie eigene Entscheidungskompetenzen für Aufenthalt und Einreisen, nach einer Bürgerrechte gebenden City-Card für alle realen Bewohner*innen einer Kommune und eine Vernetzung migrationspolitisch oppositioneller Kommunen gehören dazu.

Kämpfen wir also dafür, dass Bielefeld Teil eines solchen, nach vorne gerichteten Prozesses wird – statt stillschweigender und ausführender Teil einer „europäischen Lösung“ á la EU-Kommission. Es ist längst an der Zeit, nicht nur Angebote zu machen, sondern auch deren Umsetzung vehement einzufordern! In diesem Sinne zeigte eine Initiative, in der OB Pit Clausen direkt nach dem Brand in Moria mit 9 anderen Oberbürgermeister*innen sein Entsetzen über die Tatenlosigkeit der EU und der Bundesregierung ausdrückte und diese zum Handeln aufforderte, in die richtige Richtung. Unterstützen wir Herrn Clausen darin, noch mutiger zu werden und auch in seiner Bundespartei noch vehementer Standhaftigkeit einzufordern. Sie kann das gebrauchen!

Wir hatten es echt ernst gemeint – LeaveNoOneBehind

- Sichere Häfen überall – bringen die Festung Europa zu Fall

Gehört „Rasse“ ins Grundgesetz? Stellungnahme vom Juni 2020

von Vorstand und Team des IBZ Friedenshaus e.V.

Die in Amerika durch den gewaltsamen Tod von Georges Floyd ausgelösten Unruhen schlagen weltweit hohe Wellen. Auch hierzulande fanden zahlreiche Veranstaltungen und Demonstrationen um das Hashtag #blacklivesmatter statt. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straßen, um einerseits Solidarität mit der afroamerikanischen Bewegung zu zeigen, andererseits aber auch, um gegen Rassismus und Polizeigewalt zu protestieren. Und – wie immer, wenn sich ein Vorfall diesbezüglich ereignet – taucht die Rassismusdebatte auf einmal auf. Diesmal mit ihr die Diskussion um den Begriff „Rasse“.

Ausgelöst wurde sie durch die Forderung der Grünen, ein Wort zu streichen, das „eine Unterteilung von Menschen in Kategorien [manifestiert], die dem Anspruch und Geist unseres Grundgesetzes, ‚Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich‘, widersprechen“, so Grünenchef Robert Habeck und Aminata Touré, Vizepräsidentin des schleswig-holsteinischen Landtags. Dabei geht es um Artikel 3 des Grundgesetzes, welcher lautet: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, **seiner Rasse**, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Der Vorschlag der Grünen sieht vor, nicht nur den Begriff zu streichen, sondern ihn durch „rassistisch benachteiligt“ zu ersetzen.

Unumstritten ist, dass das Grundgesetz ein historisches Erbe Deutschlands ist. Es ist aber bedauerlich, dass im dritten Jahrtausend noch darüber spekuliert wird, ob das Wort „Rasse“ überhaupt noch in grundlegenden staatlichen Texten zu finden sein sollte. Die deutsche Verfassung ist vor allem unter diesem Aspekt ein Kind seiner Zeit. Die Verfasser des Grundgesetzes wollten gegen rassistische Thesen, die während der nationalsozialistischen Zeit stark kursierten, entschieden eintreten und nach denen blonde Haare, blaue Augen sowie ein gesunder Körper Merkmale, einer unbefleckten Rasse wären. Nur indem eine Diskriminierung wegen der Rasse verboten wird, legitimiert das Grundgesetz die Theorie, nach der es Rassen gibt, obwohl von der Wissenschaft bewiesen ist, dass es aus biologischer Sicht einzig eine Rasse gibt: Menschen.

Allein aus diesem Grund könnte man den Begriff aus dem Grundgesetz streichen. Denn er ist unzeitgemäß und diskriminierend. Dabei wäre Deutschland nicht das erste Land, das den Begriff „Rasse“ aus seiner Verfassung entferne. Ein Beispiel wäre hier das Nachbarland Frankreich, dessen Parlament 2018 einstimmig für eine Streichung gestimmt hat. Aber auch hierzulande auf der Landesebene hat Bremen zum Beispiel diesen Begriff aus seiner Verfassung gestrichen. Eine einfache Streichung des Begriffs aus dem Grundgesetz wäre auch nicht die Lösung. Einerseits, weil dadurch der Rassismus nicht verschwindet, andererseits würde eine Gesetzeslücke entstehen, die einen Nährboden für rassistische Diskriminierung schaffen würde. Es muss eine situative Nennung des Problems erfolgen. Dabei soll klargestellt werden, dass es sich um „rassistische Diskriminierung“ handelt und der Schutzfaktor gewährleistet werden.

Diese Debatte mag relevant sein, sie darf aber nicht als Symbolpolitik fungieren und die reale Problematik des Rassismus ausblenden. „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen, ja, aber die dem Begriff zugrundeliegende Ideologie – den Rassismus – weiter thematisieren.

Café Exil: Protests against Racism and Police Violence in Bielefeld

Cafe Exil: What is it?

From 2018 till the onset of Covid19, Cafe Exil had largely been a student group tackling issues of immigrant students, everyday racism, and structural exclusion in Bielefeld. The core ideas of the Cafe dates back to the series of successful campaigns against the then potential introduction of fees for "non-EU" students in NRW. One campaign involved pressuring FDP, which along with CDU were responsible for the bill, to give us floor time after Christian Lindner's speech in front of his local constituents in Bielefeld. We had to speak to people and explain to them that such policy is, in the words of Bielefeld University's former rector Dieter Timmermann, "counter-productive, harmful, wrong."

During this two-year period, Cafe International could be seen as a precedent to Café Exil. It was a project of different affinity groups which aimed at connecting international struggles to our locality. The modest history of the Cafe reflects the will of a group of people to do something about our crazy world instead of warming up to the mainstream idea of the "successful" and apolitical student. At times this may feel frustrating as the world keeps on going business as usual, but without it we wouldn't have been ready to take on issues in Kesselbrink when the political moment arised.

Kesselbrink

In the recent months, the Cafe has found itself in the midst of the global campaign against the historically ongoing murder, incarceration, and marginalisation of people of color, immigrants, and minorities around the globe. When George Floyd was murdered, the Cafe moved to the street to demonstrate (in) solidarity. The Cafe is proud to have been part of an organized effort that mobilised critical demonstrations in the heart of Bielefeld. While the first and second demonstrations were largely in solidarity with the Black Lives Matter movement, the third demonstration traced the issue to Kesselbrink and helped thematise everyday police violence there.

In particular, the demonstration was in response to a violent police intervention against people of colour in the same square, which was caught on video and posted on Café Exil's social media accounts. Two police officers kneeled on a black person, in a scene reminiscent of George Floyd's murder, and even pulled a gun to "protect" themselves from a situation they created. This situation is infuriating, especially that 29 NRW police officers were suspended for circulating on their WhatsApp groups a refugee in a gas chamber, a black person being shot, pictures of Hitler, Reich flags, among other neo-Nazi content.

An activist who spoke during this demonstration called for police cars to be banned from Kesselbrink in order to end their everyday patrolling and stop-and-frisks. The people who can be part of the solution, he said, cannot be police officers:

"To solve issues of social marginalisation, unemployment, accumulated trauma, homesickness, depression... the police must be funded less, and social services funded more: NGOs, activists, volunteers, social workers, social scientists working on social inequalities... these are the people who help the people. They have no expansive and stupid clothes, and caps, and lights, and toys, and guns, and sounds, and weird cars, and shields, and all the theatrics and databases. They do the job by listening, by teaching, by standing with the people, for the people, with the people."



Between 2018 and the onset of Covid19, people had drunk 3600 cups of coffee at Café Exil's room in the university.

Vor der Haustür



At the heart of Bielefeld, Kesselbrink, 04/06/2020, in solidarity with people of color worldwide

In reaching out to the public, Bielefeld Police Department justified its physical violence by characterising the immigrants as "dirty", "noisy", "drug addicts", "drug dealers", and "disrespectful". Neue Westfälische and Westfalen Blatt newspapers, times and again, took most of the police statements and shockingly spoon-fed them verbatim to their readers, hence siding with power against people who lack power. This is so obvious that some protesters are suspecting a revolving door relationship between the police department and these newspapers, or probably it is just business as usual. WDR also covered the incident by, among other things, inviting a scientist from Bielefeld University's Institute for Interdisciplinary Research on Conflict and Violence. They gave him only half a minute of airtime in which he said, anyway, that police violence in Germany is a reality.

This lack of power, a.k.a oppression, was also felt during the recent local elections, during which journalists and politicians portrayed Kesselbrink as a place where disenfranchised immigrants cause problems to white citizens. All of this has made it clearer to us that instead of giving a hand, a significant part of German society is actually oppressing a minority of people which happen to be of color, poor immigrants, and ethnic minorities.

From the university walls to the street

The move - from the 16m2 black box that was Café Exil's locale in the university - to the streets of Bielefeld, due to Covid19, has helped us to see that even well-established institutions like the university can literally vanish into thin air. Indeed, the last guarantor of public social life and of belonging is the street. Away from the rhythm of the street, hidden

behind our university walls, as students we all expect a modicum of protection from the university, most of the times advocating while taking our best interests at heart. As people in the street, public authorities like street social workers, police officers, among others, are expected to also protect us. However, this protection, especially in heavily policed and racially-profiled areas like Kesselbrink, is often only protection for German nationals. For immigrants, especially when not white, it rather translates to violence and neglect, in which a random control check can develop to pulling a gun like mentioned above.

We do not miss the university badly. Learning also happens in the street. We actually would like to call on students to participate in life beyond the university, especially engaging with unprivileged people who may have never been to university or seen one. The social and political work that awaits to be done is urgent.

Various facts on Café Exil and current projects

We are not all students, and the students among us are not only students. Beyond being leftist, we share different political views. We speak and write Arabic, Baloch, English, French, Kurdish, German, Hindu, Urdu, Spanish, Swahili, Turkish, Tamaziyt, Persian, and some more. It is true that we speak English and German most of the time, but the music and ideas remain insanely diverse.

And we have different projects where you can be active. Wait, you actually can create with us a project where we can be active with you! The current projects include Agora, which is a series of talks, workshops, tea-drinking events in Kesselbrink in order to connect individuals for the sake of working together (for instance through music or rap projects) and raise awareness on topics like social rights, racial profiling, and sexism. Another project is a magazine that centers on the problems of people frequenting Kesselbrink. We want to create an online and printed outlet that can work as a voice for the people. Probably this project strikes a chord with you? Along with reading a magazine, you can also create and/or contribute to one. There are many projects to do. In the end, we really do need people to do them with us. Together we can do better.

Email us at cafe-exil@riseup.net and don't forget to like us on Instagram [@cafe.exil](https://www.instagram.com/cafe.exil) and Facebook [facebook.com/Cafeexilbie](https://www.facebook.com/Cafeexilbie)

"Hier gilt nicht Ihr Recht, hier gilt unser Recht!"

Als Vormund des 15-jährigen Hamid* aus Afghanistan will ich für ihn einen Reisepass beantragen. Er hatte nie Dokumente besessen und wird auch von afghanischen Behörden nichts erhalten. Dazu genügt ein Blick auf die Internetseite des zuständigen Generalkonsulats in Bonn. Dies möchte die Ausländerbehörde jedoch vom Konsulat amtlich bescheinigt haben. Ein hehres Unterfangen, wie sich herausstellen sollte.

*Name geändert

Zunächst war es gar nicht möglich, in Bonn einen Termin zu bekommen. Die Vergabe erfolgte online. Auf meine Versuche, mich auf der Seite zu registrieren, erhielt ich keine Verifizierung. Ich wiederholte den Vorgang und bekam angezeigt: „Diese Mailadresse ist schon vergeben“, aber trotz nochmaliger Anforderung gab es keine Bestätigung meiner Registrierung. Das fing ja gut an. Meine Mails und Briefe an das Konsulat blieben unbeantwortet, Anrufe auch. Auf der Homepage war lediglich eine einzige Handynummer angegeben. Nach einigen weiteren erfolglosen Registrierversuchen stand der Hinweis auf der Website: „Wegen Corona werden aktuell keine Termine vergeben.“, also abwarten. Während dessen erfuhr ich, dass dieses Konsulat einen sehr schlechten Ruf genießt.

Monate später: Die Bestätigung meiner Registrierung! Und noch besser: Ich konnte in sechs Wochen einen Termin buchen. Kaum zu glauben. Inzwischen hatte ich erfahren, dass sich die Angestellten im Konsulat nicht die Mühe machen, die benötigte Bescheinigung auszustellen. Also formulierte ich selbst eine mit Möglichkeiten zum Ankreuzen. Die müsste dann lediglich gestempelt und unterschrieben werden. Zur Sicherheit fertigte ich auch noch eine englische Version an.

Der große Tag kam: Aufbruch um 5:30 Uhr, wir sollten zeitig dort sein. Hamid erzählte mir unterwegs, dass es auf Facebook viele heftige Beschwerden über das Konsulat gebe, auch Handyvideos mit tumultartigen Szenen, aufgenommen von Besucher*innen. Erstaunlich, wie cool der Junge trotzdem blieb. Es schien ihn nicht sonderlich zu beunruhigen. Ich wollte mir allerdings lieber keine Details anhören, immerhin lag der

Termin ja noch vor uns. In der Warteschlange vor dem Konsulat bestätigte ein netter Mann hinter uns, dass es schon recht schwierig sei, hier etwas zu bekommen. Wir hielten jedoch an unserer Devise fest: „Nur nicht entmutigen lassen!“

Als wir endlich an das Hoftor vorgerückt waren, entbrannte ein Disput auf Dari zwischen Hamid und dem Mitarbeiter im graublauen Anzug. Ich erfuhr, dass Hamid gar nicht eingelassen werden sollte, weil er keine Unterlagen für ein Ausweispapier mitgebracht hat. „Ja, aber genau dafür brauchen wir eine Bestätigung: Dass er von Ihnen nichts bekommen kann – das ist alles.“, erklärte ich. „Please, speak English!“, daran sollte es nicht scheitern, also once again. Hamid durfte dann eintreten. Ich nicht. Ich wies den Angestellten darauf hin, dass ich als Vormund für den Minderjährigen die Verantwortung trage. Er war da anderer Ansicht: „Hier ist Afghanischer Boden. Hier gilt unser Recht, nicht Ihr Recht.“

Ich wies ihn darauf hin, dass es in dieser Frage keinen Unterschied zwischen deutschem und afghanischem Recht gebe. Das sei ihm egal. Ich verlangte den Chef zu sprechen. Er sei der Chef. Kann nicht sein: im Internet ist ein anderes Gesicht abgebildet. Im Internet gebe es viele Gesichter. „Sagen Sie besser nichts mehr, das bringt Sie nicht weiter.“ raunte mir unser netter Hintermann zu.

weiter auf der nächsten Seite



Über den Tellerrand

Einen weisen Rat sollte man befolgen. Sonst hätte man Hamid wahrscheinlich wieder hinaus geschubst. Es gelang mir gerade noch, dem Jungen die vorbereiteten Bestätigungen in die Hand zu drücken, bevor er in den Hof gedrängt wurde. Ich trat zurück und wartete ab, was passieren würde. Im Geiste formulierte ich schon mal die Beschwerde an die Botschaft in Berlin.

Nach einer knappen Stunde kam Hamid wieder heraus, in der Hand eine Bescheinigung. Das war allerdings nicht meine selbst formulierte. Das war etwas mit richtig amtlichem Briefkopf und Siegel vom Konsulat. „Wie hast du das denn geschafft?“ Ungläubiges Erstaunen. „Ja, das hat mich der nette Mann hinter uns auch schon gefragt.“, grinste Hamid und erzählte:

„Also zuerst musste ich ganz schön lange bei dem Schalter in der Garage warten. Als ich drankam, wollte der Mann Ihren Zettel nicht unterschreiben. Er hat mich einfach weggeschickt. Im Hof habe ich dann den Mann vom Tor wieder getroffen, der Sie nicht reingelassen hat. Den habe ich gefragt, was ich nun machen soll, weil ich die Bescheinigung doch brauche. Er ist dann mit mir in das große Haus gegangen, vorbei an der langen Schlange. Ich musste diesmal gar nicht warten! Er hat dann dem Mitarbeiter gesagt, der soll das Schreiben sofort für mich fertig machen. Ich weiß nicht, ob ich das auch gekriegt hätte, wenn Sie nicht vorher mit ihm diskutiert hätten.“

„Ich musste dann noch Fragen zu meiner Familie beantworten.“, fuhr Hamid fort, „Zu meinen männlichen Verwandten: Wo mein Vater ist, ob ich einen Onkel hätte. Ich habe niemand mehr, meine Mutter zählte ja nicht. Ob ich einen Cousin hätte. Ich habe ihn zurückgefragt, wie ich einen Cousin haben soll, wenn ich keinen Onkel habe. Das soll er mir jetzt mal erklären.“ Nach diesem Heiterkeitserfolg, an dem alle Anwesenden ihren Spaß gehabt haben, gab es dann das ersehnte Dokument.

Vor Erleichterung mussten wir auf der Heimfahrt immer wieder über die ganze skurrile Geschichte lachen. Immerhin haben wir jetzt etwas in der Hand, um in Bielefeld einen Reisepass für Ausländer zu beantragen. Wir haben Glück gehabt. Wie schrecklich ist es jedoch für Diejenigen, die mit wichtigen Anliegen einfach abgewiesen oder schäbig behandelt werden? Da hört das Lachen auf ...

BAMF trickst während Corona 'Deutscher Alleingang' bei Dublin-Abschiebungen

von Katharina Bracke

Als im März die innereuropäischen Reisebeschränkungen ausgesprochen wurden, waren auch Dublin-Abschiebungen faktisch nicht mehr möglich, also die Abschiebungen, die aufgrund der sogenannten Dublin-Verordnung zwischen den EU-Staaten passieren. Grob gesagt sieht die Verordnung vor, dass derjenige Staat für die Bearbeitung des Asylantrags einer Person zuständig ist, der dieser Person Zutritt in die Europäische Union gewährt hat, z.B. durch Ausstellung eines Visums oder weil die Person dort erstmals die EU betreten hat.

Ende März wurde die Information öffentlich, der Bundesinnenminister habe entschieden, dass Dublin-Überstellungen bis auf weiteres nicht mehr stattfinden, angesichts der Reisebeschränkungen

kaum überraschend, auf den ersten Blick für Menschen, deren Dublin-Abschiebungen zu diesem Zeitpunkt schon beschlossene Sache waren, eine gute Nachricht, denn die Verordnung sieht vor, dass die EU-Staaten ab der Feststellung der Zuständigkeit eines anderen EU-Staates nur eine bestimmte Zeitspanne (in der Regel 6 Monate) zur Verfügung haben, um die Antragsstellenden dorthin abzuschicken. Gelingt die Abschiebung in dieser Zeit nicht, geht die Zuständigkeit auf Deutschland über und die Person darf ihr Asylverfahren hier durchlaufen (für viele ein erster wichtiger Schritt, da sie z.B. in dem eigentlich zuständigen Staat bereits unter menschenunwürdigen Bedingungen leben mussten). Hintergrund der Fristenregelung ist, dass

Über den Tellerrand

Personen möglichst zügig in dem für ihr Asylverfahren zuständigen Staat ankommen sollen und sich das eigentliche Asylverfahren nicht unbegrenzt verzögert. Entsprechend hätte die vorübergehende faktische Unmöglichkeit von Abschiebungen dazu führen müssen, dass diese sogenannte „Überstellungsfrist“ in vielen Fällen verstreicht und für diese Personen die Dublin-Abschiebungen gar nicht mehr hätten stattfinden können und sie stattdessen in Deutschland das eigentliche (sogenannte „nationale“) Asylverfahren hätten beginnen können.

Doch das BAMF dachte sich eine Praxis aus, um die betroffenen Personen später trotzdem noch abschieben zu können. Es begann, Schreiben an Personen mit laufendem Dublin-Verfahren zu schicken, in denen es über die Aussetzung der Abschiebung informiert. Damit wären Überstellungsfristen zunächst auf unbestimmte Zeit unterbrochen und würden erst mit Rücknahme der Aussetzung weiterlaufen, ein Vorgehen, welches aus sonst keinem weiteren EU-Staat bekannt geworden ist.

Im April äußerte sich die EU-Kommission zu dem Thema. Sie erließ Leitlinien, in denen unter anderem Empfehlungen zum Umgang mit den EU-Bestimmungen im Bereich Asyl im Kontext der Corona-Pandemie ausgesprochen wurden.

In den Leitlinien heißt es: „Wird die Überstellung in den zuständigen Mitgliedstaat nicht innerhalb der geltenden Frist durchgeführt, so geht die Zuständigkeit nach Artikel 29 Absatz 2 der Dublin-Verordnung auf den ersuchenden Mitgliedstaat über. Keine Bestimmung der Verordnung erlaubt es, in einer Situation wie der, die sich aus der COVID-19-Pandemie ergibt, von dieser Regel abzuweichen.“

Das heißt: Die Praxis der deutschen Asylbehörde, die Überstellungsfrist als unterbrochen zu erklären, wird von der EU-Kommission explizit als nicht der Dublin-Verordnung entsprechend benannt. Das BAMF änderte jedoch auch nach der Veröffentlichung dieser europäischen Leitlinien nichts an seinem Vorgehen und verschickte weiter seine Schreiben.

In der Zwischenzeit beurteilten auch einige Verwaltungsgerichte in Deutschland die Aussetzung der Überstellungsfrist durch das BAMF als europarechtswidrig, nachdem Betroffene geklagt hatten.

Erst im August gab das BAMF für einen bestimmten Teil der Fälle diese Praxis auf, doch längst nicht für alle. Ein paar Wochen später wurde ein Fall bekannt, in dem Deutschland versucht hat, eine Person nach Italien abzuschicken, deren Überstellungsfrist nach der Dublin-Verordnung bereits abgelaufen war. Doch das BAMF berief sich auf die Unterbrechung und somit Verlängerung des Zeitraums, in dem eine Abschiebung zulässig sei. In dem konkreten Fall weigerte sich Italien, die Person wieder aufzunehmen. Ob das auch noch in weiteren Fällen passieren wird, ist unklar. Deutlich wird jedoch, dass das BAMF weiterhin versucht sich auf die vermeintlich unterbrochenen Fristen zu berufen, um Personen in andere EU-Staaten abzuschicken, die eigentlich bereits ein Recht auf ein Asylverfahren in Deutschland hätten. Nun müssen Personen im Dublin-Verfahren und Unterstützer*innen ein besonderes Auge darauf haben, ob das BAMF versucht, die Überstellungsfrist zu verlängern und ggfs. in jedem Einzelfall dagegen vorgehen.

Wenn es also darum geht Personen abzuschicken, gibt es in Deutschland keine Hemmungen, dies als einziger europäischer Staat und gegen die klar formulierte Empfehlung der EU-Kommission zu tun. „Deutsche Alleingänge“ bei Abschiebungen stellen offenbar kein Problem dar, anders als bei der Aufnahme von Geflüchteten.



Hauptsitz des BAMF in der Nürnberger Südkaserne

Einblicke in das Leben einer Transperson aus Ghana

Ein Interview geführt von Kathrin Dallwitz

Hallo liebe Madea, Schön dass Sie heute hier sind und danke dass Sie bereit sind zu diesem Interview. Wir hatten ja verabredet über Ihre Situation als geflüchtete Transperson zu sprechen. Als erstes möchte ich Sie aber willkommen heißen in Bielefeld und bin sehr froh, dass Sie jetzt hier bei uns wohnen können. Wie geht es Ihnen jetzt hier in Bielefeld, was ist Ihnen bei Ihrem Leben hier wichtig?

Ich wollte hierhin wegen meiner Gesundheit und wegen der Art, wie Menschen mich hier behandeln. Hier in Bielefeld gibt es viele Organisationen, mit denen ich zusammenarbeiten kann und die mich unterstützen und ich habe schon einige Freund*innen gefunden. In dem kleinen Ort, in dem ich vorher 2 Jahre gewohnt habe, hatte ich keine Freund*innen gefunden, es war zu klein da. In kleinen Städten in Deutschland ist es als Trans*frau schwierig. Meine Erfahrung ist, dass es für LGBT Personen insgesamt sicherer ist in größeren Städten zu leben, weil da auch die LGBT Szene größer ist und man sich besser vernetzen kann.

Hast du in deiner Zeit in Deutschland Rassismus und Homophobie erlebt?

Als ich nach Deutschland kam, war im ersten Camp, wo ich lebte, ein Mann, der mich mit einem Messer bedroht hat, aber die Mitarbeiter*innen im Camp wollten nichts machen. Ich habe die Security gerufen und sie haben uns aufgefordert miteinander zu reden. Dann haben sie gesagt, „Geh ihm einfach aus dem Weg.“ Der Mann ist noch drei weitere Monate geblieben und ich hatte die ganze Zeit Angst. Nur eine Frau war da, die hat mich unterstützt und ermutigt. Ein anderes Mal beschimpfte mich ein anderer Mann wegen der Art, wie ich mich kleide und aussehe. Er beleidigte mich sehr oft und tat dies auch in Anwesenheit des Sozialarbeiters, aber niemand machte etwas. Es schmerzte mich sehr.

In dem Dorf, in dem ich vor Bielefeld gelebt habe, musste ich erst in einem Heim leben und wurde auch oft beleidigt und auch dort fühlte es sich so an, als

wenn niemand auf meiner Seite war. Erst als ein Mitarbeiter eine Wohnung angeboten hat, in der ich mit meinem Mann alleine wohnen konnte, war es etwas besser. Aber wir waren in dem Dorf nicht viel in Kontakt mit Menschen, waren fast nur in unserer Wohnung und hatten sonst nur Kontakte in Bielefeld, wie bei der LGBT Gruppe der Aidshilfe. Aber als sie dann meinen Mann nach Italien abgeschoben haben, habe ich oft an Selbstmord gedacht. Beim PSZ habe ich dann Menschen gefunden, die mir zugehört haben und mich ermutigt haben, und so konnte ich meine Kraft wiederfinden. Als meine Stimme und mein Schmerz gehört wurde, ging es mir langsam besser.

Auch in Deutschland erlebst du als Trans*frau Diskriminierung. Ich möchte z.B., dass mich die Menschen so ansprechen, wie ich mich fühle. Man muss den Menschen die Wahrheit sagen, aber dann sollen die Menschen mich auch als Frau ansprechen und meine Entscheidung respektieren.

In Ghana sind die Angriffe brutaler, hier ist es subtiler, es ist das Nicht-akzeptiert-werden. Hier ist der Unterschied, dass die Menschen dich nicht so einfach schlagen können und, wenn sie es tun, hast du eine starke Organisation hinter dir, die dir hilft sie anzuklagen. Der Angreifer weiß, dass du nicht alleine bist, dass du andere hinter dir hast, organisiert bist, und das macht Menschen vorsichtiger und sie beschimpfen dich auch nicht so schnell.

Können Sie beschreiben, warum Sie aus Ghana geflohen sind?

Als ich in Ghana mein Coming out hatte und mich gezeigt habe, so wie ich bin, haben Leute uns verfolgt. Sie haben uns geschlagen und es war nicht möglich, sich davor zu schützen. Ich fühle mich jetzt hier in Bielefeld sicher. Ich kann rausgehen und draußen rumlaufen. Sogar in Italien war der erste Kontakt, den ich nach der Ankunft hatte, ein Schlag ins Gesicht. In Ghana konnte ich mich nicht mit anderen LGBT Leuten organisieren, weil es zu

Über den Tellerrand

gefährlich war. Wenn mich hier jemand schlagen würde, würde ich zur Polizei gehen. Als mich in dem Dorf, in dem wir vorher gelebt haben, jemand geschlagen hat, habe ich die Polizei gerufen. Danach wurde ein Bericht geschrieben und dann haben mein Partner und ich nach 3 Monaten im Heim endlich ein Appartement bekommen, sodass wir mehr Sicherheit hatten.

Ich möchte aber noch erzählen, was ich in Ghana erlebt habe. Meine Tante hat mich aus dem Haus geworfen wegen meiner sexuellen Orientierung. Sie hat rausgefunden, dass ich homosexuell bin und hat gesagt, Homosexualität sei böse und sie würde mich vergiften, wenn ich nicht gehen würde.

Sie hat auch zu ihren Kindern, mit denen ich viel gespielt hatte und die ich liebte, gesagt, dass ich böse sei, dass sie mich nicht anfassen sollten, da sie sich anstecken würden. Also bin ich weggegangen und zu Abu gezogen, aber sein Bruder hat uns auch rausgeworfen. Nachdem wir ein anderes Mal geschlagen worden waren, haben wir beschlossen zu fliehen und kamen nach Libyen. Dort ist es sehr gefährlich, wenn rausgefunden wird, dass du schwul bist. Sie würden dich an den Haaren aufhängen. Wir mussten auf der Straße leben und haben viel Gewalt erlebt.

Eines Tages wurde ich entführt und sehr schlecht behandelt. Davon habe ich HIV bekommen. Ich konnte dann fliehen und bin nach Europa gekommen. Es ging mir sehr schlecht, aber mein Mann war immer da für mich. Hier in Deutschland fand ich einen guten Doktor und bekam eine gute Behandlung und jetzt geht es mir viel besser. Ich wurde gesund und schön und wir dachten, dass wir jetzt ein schönes Leben haben.

Was würden Sie den Entscheider*innen im Asylverfahren sagen?

Es ist traurig, wir LGBT Leute kommen und erzählen unsere Geschichte, aber es ist, als ob uns niemand glaubt. Man glaubt uns unsere Geschichte nicht oder glaubt nicht, dass wir als LGBT in Gefahr sind in unseren Herkunftsländern. Viele meiner LGBT-Freund*innen werden abgelehnt. Was ich der deutschen Regierung sagen will ist, dass sie Mitgefühl mit allen LGBT, trans*frauen und homosexuellen Menschen haben sollen. Wir Afrikaner*innen, die LGBT sind, haben in unseren Ländern schlimme Sachen erlebt und wir bitten die deutsche Regierung, Mitgefühl mit uns zu haben und wirklich zuzuhören, wenn wir unsere Geschichten erzählen.

queer refugees support

Beratung, Unterstützung sowie Austausch und Vernetzung für LGBT-Geflüchtete

<https://www.aidshilfe-bielefeld.de/queer-refugees.html>



Christopher Street Day (CSD) Bielefeld 2019

weiter auf der nächsten Seite



Über den Tellerrand

In Ghana, Nigeria, Uganda, Togo, Niger haben wir alle dieselben Probleme als LGBT Personen. Ich habe eine Facebookseite, auf der ich über die Probleme von LGBT schreibe, und ich habe sehr viele viewers (1 K). Viele fragen mich, was sie tun sollen und bitten mich um Hilfe, weil sie in Gefahr sind. Ich kann ihnen nur sagen, dass sie stark bleiben sollen und sich einen Ort suchen sollen, wo sie sicher sind. Wenn du in unseren Ländern zur Polizei gehst um dich zu beschweren und Anzeige zu erstatten wegen den Drohungen, Beleidigungen und Schläge, die du als offene LGBT Person erlebst, wirst du am Ende die Person sein, die im Gefängnis landet wegen Homosexualität. Wenn du das offen kritisierst, wird dich jemand schlagen. Jemand kann dich töten und die Person wird trotzdem als freier Mensch aus dem Gericht rauskommen. Sie sagen, die Religion, egal welche, auch das Christentum in Ghana, würde ihnen sagen, Homosexualität wäre falsch. Es gibt in Europa viele Trans*frauen aus Ghana, weil wir in unserem Land einfach nicht sicher sind. Immer wenn mich eine meiner Freund*innen anruft oder über Facebook kontaktiert, sage ich: Liebe dich selbst und sei wer du bist. Geh zu einem sicheren Ort. Ich habe z.B. viele Kontakte in Kenia. Dies kam, weil ich, als ich mein Facebookseite eröffnet habe, viel über die Rechte von LGBT Menschen gesprochen habe und darüber, wie wichtig es ist, dass andere uns respektieren. Aber am Anfang müssen wir uns selbst akzeptieren. Wir müssen sagen: Das ist, wer ich bin, und ich liebe mich selbst. Die anderen denken, homosexuelle Personen sind böse und haben viel Geld. Wenn Menschen mich auf Facebook beleidigen, dann sage ich ihnen, dass ich weiß, wer ich bin. Ich habe niemanden verletzt oder andere motiviert, jemanden zu verletzen. Aber ich sehe viele Kinder und Frauen, die leiden durch Gewalt von Männern, die sie beleidigen, schlagen und missachten. Also sage ich der Person: Als erstes solltest DU zu Gott beten, dass er dir vergibt für die Dinge die DU getan hast, bevor du mich verurteilst. Wenn du aber dich selbst nicht liebst, kann du keine andere Person lieben. Daran glaube ich sehr stark und deswegen habe ich auch Liebe für andere.

Ich sehe in Ihnen bei aller Trauer und Sorge auch einen sehr lebensfrohen Menschen, der auch anderen viel gibt. Was hat Ihnen Kraft gegeben, die Flucht hierher zu schaffen und die Diskriminierung und Gewalt zu überleben und positiv zu bleiben.

Manchmal muss man im Leben durch viele schwere Situationen durch, so wie damals, als sie meinen Mann abgeschoben haben. Er hat mir immer viel Kraft gegeben. Ich habe ihn getroffen, als wir 14 Jahre alt waren. Wir lieben uns noch immer wie am Anfang. Wir haben immer versucht es für uns schön zu machen. An einem Tag z.B. haben wir alles schön gemacht, für den Valentinstag haben wir die ganze Wohnung erleuchtet und geschmückt und Duftlampen aufgestellt, damit es schön riecht. Wenn wir uns mal streiten, dann entschuldigen wir uns später wieder. Wir machen auch viele verrückte Dinge miteinander und lachen sehr viel. Es muss eine tiefe Freundschaft da sein und man muss einander trauen. Die Natur hat unsere Seelen zusammengebracht.

Ein anderes Beispiel, das mir Kraft gibt, ist sehr klein aber es hilft. Im Krankenhaus hat mir mal eine Krankenschwester gesagt: Wenn es dir schlecht geht, dann geh ins Badezimmer, mach Wasser in dein Gesicht und dann guck in den Spiegel. Sag zu dir selbst, dass du wunderbar bist, dass du eine schöne Person bist, und zaubere ein Lächeln auf dein Gesicht. Sie sagte mir auch, dass es gut sei, etwas Aktives zu machen, also habe ich entschieden zu tanzen und habe das auf Facebook geteilt. Ich habe mich entschieden, nur den schönen Dingen zu folgen und mich auf die Liebe für mich selbst und andere zu konzentrieren.

Die Pride 2019 (CSD) in Bielefeld war mein schönster Tag im Leben. Es war so wunderschön, mein Mann war da, hat mich die ganze Zeit geküsst, wir haben die ganzen Pride so geliebt, da war so viel Liebe zwischen allen Leuten. Also habe ich entschieden, vor der Band zu stehen und mich zu zeigen. Wir waren so glücklich.

Ich möchte gerne mehr LGBT-Leute kennenlernen, denn ich habe viel schmerzhaftes erlebt von Hetero-Menschen und ich brauche es, dass wir uns mehr gegenseitig ermutigen. Wir müssen an uns selbst glauben und eines Tages werden auch mein Mann und ich wieder zusammen sein und die glücklichsten Menschen sein.

Selbstbezeichnung. Worte von Wopana



Foto by Francis Oghuma

Sprache ist MACHT.
Das N-Wort haben wir uns NICHT.
Zu unserer Selbstbezeichnung.
Gemacht.
Sprache ist Macht.
Und DAS sage ich.
Ganz bedacht.
Denn das N-Wort.
Haben wir NICHT.
Zu unserer Selbstbezeichnung.
Gemacht.
Wie oft haben SIE.
Mich dafür.
A-U-S-G-E-L-A-C-H-T.
Ich wusste schon als Kind.
Dieses Wort.
Ist U-N-A-N-G-E-B-R-A-C-H-T.
„Zehn kleine Ns“
Oder das Lied.
Mit dem S-C-H-O-R-N-S-T-E-I-N-F-E-G-E-R.
Das konnte ich früher.
Weniger.
Als Rassismus einordnen.
Aber Sprache ist MACHT.
Und diese Worte.
Sind und waren.
U-N-A-N-G-E-B-R-A-C-H-T.

Info Fotograf

Francis Oghuma is a multimedia reporter who relocated to Cologne, Germany in 2015. He is one brain behind colognestories.de and afrokultur.com. He is available for assignments & collaborations.

For more information: <http://oghuma.com/>

Weil SIE sich irgendwann.
Ausgedacht haben.
Schwarze Menschen.
SO zu nennen.
Und somit.
Eine G-E-W-A-L-T-S-A-M-E Realität.
In unsere Körper BRENNEN.
Die eigentlich NICHT. Unsere ist.
Und das ein Teil der Gesellschaft.
Dies immer wieder.
VERGISST.
Oder vorsätzlich.
Die Flagge.
Mit dem N-Wort.
Hisst.
Zeigt K-O-N-I-N-U-I-E-R-L-I-C-H.
Dass Sprache.
MÄCHTIG ist.

weiter auf der nächsten Seite



Gedichtetes

Und diesem HÄSSLICHEN.
Und HASSERFÜLLEM Gesicht.
Namens Rassismus.
Werde ich mich NICHT zuwenden.
Ich habe das RECHT!
Dass mich Menschen
SCHWARZ.
OF COLOR.
INDIGEN.
Oder einfach.
Bei meinem Namen nennen.
Denn Sprache ist MACHT.
Und das N-Wort haben wir NICHT.
Und werden wir.
NIEMALS.
Zur Selbstbezeichnung machen.

Ich hoffe.
Du gibst.
Heute.
Und morgen.
Und IMMER.
Auf Deine Worte.
Acht.
Und erhebst.
DEINE Stimme.
Wo immer auch.
Rassismus.
Wacht
Mit dem Wissen:
Sprache.
Ist Macht.

Autor*innen-Information

Emilene Wopana Mudimu, geboren 1992 in Kinshasa, ist Sozialpädagogin, Bildungsreferentin, Moderatorin und Spoken Word Künstlerin aus Aachen. Seit 2012 setzt sie sich aktivistisch in Initiativen und Projekten für die Schwarze Community ein. Außerdem bietet sie bundesweit Workshops/Vorträge an (Schwerpunkte: Afro Hair Politics, Empowerment-Arbeit mit Schwarzen und People of Color, Antira-Sensibilisierungstrainings und Kreatives Schreiben). Sie leitet seit 2014 ein eigenes Jugendzentrum KingzCorner in Aachen.

eigentlich nicht

von Judith Baumgärtner

es tut mir leid
nein
eigentlich nicht
dass es dir keinen spaß macht
dich mit meinen realitäten auseinanderzusetzen
es
tut mir
leid
nein
eigentlich nicht
dass ich dich über_fordere
wieder und
wieder
dass
mein körper
deine augen
übersteigt

und nicht
in deinen kopf
passt
es
tut mir
eigentlich nicht
leid
dass du mich nicht
mehr
beruhigen kannst
dass
ich dir
angst
mache dass
meine freude
meine launen
meine depression

größer sind
als du
du mich nicht
mehr
findest
ich weiß wo ich bin es
tut mir leid
für dich
dass du
meinen körper
nicht lieben kannst
dass du
tanz
nur schön finden kannst
wenn er von
(bprocs ja ok interkulturell jaja soso dies das
aber dann doch wenigstens)
dünnen menschen
aufgeführt wird
(du entscheidestdefiniertst)
dass du wahrheiten nur glaubst
wenn sie
in dicken alten büchern
von du weißt schon was für leuten
geschrieben sind
aber nicht
wenn sie
aus meinem mund kommen
heute.und.hier
estutmirechtleid
-nicht-
dass ich über dich hinauswachse
und gleichzeitg
du meine zurückhaltende art
nicht verstehst und
nicht merkst
aktiv darüber hinwegsiehst
dass ich dich zurückweise
wieder
und wieder
es
tut mir
nicht leid
dass ich dir
keine laute wut
gebe
keine erklärung

widerstand
geht
unter anderem
so:
ich bin ein stehaufmenschchen
ihr schubst mich ich steh wieder auf
ihr schubst mich ich steh wieder auf
ihr schubst mich ich steh wieder auf
ich stehe
mehr nicht
weniger nicht
es
tut
mir
eigentlich nicht
leid
dass ich so bin
Schwarz und glücklich ohne entschuldigung
nicht gestern nicht morgen
sondern heute
meine welt ist heute und
es tut mir nie wieder leid
ich
zu sein



Autor*innen-Information

Judith Baumgärtner, schreibt Texte und Zines, die unter dem Namen 'blackunrealities' veröffentlicht werden

Dessau

von Judith Baumgärtner

Dessau, deutschland: graue viereckige häuser. überall Polizei. (wo die leute alle sind?).

die geister gehen in den Straßen spazieren. greifbar.

ihre Namen sagen. laut sein wollen. rufen. geballte fäuste erhoben. und bleihimmel darüber wie ein deckel.

Dessau: Feuerzeuge werfen. die Polizisten setzen die helme auf und gucken zur seite.

kalte füße haben. (wer Oury jalloh war? hätte er die musik gut gefunden, die hier gerade läuft? wer zählt mit, wie oft wir an diesem Tag DAS WAR MORD der Stadt ins fest verschlossene gesicht schreien?)

Dessau: community. diese tiefe umarmungsart, die dir tränen in die augen treibt (wie schön wir sind).

Dessau: lächeln, auch. wiedersehen und neue Kontakte finden ausgerechnet hier.

Dessau ist eine angststadt. gesichter hinter Gardinen. kopfschütteln. dahinter? Weihnachtsdeko. Beleuchtung. schnell ausgemacht.

leere Straßen in Dessau. Geschäfte auch leer. einfach leer. das war mord. wer hört uns denn?

Dessau: weiße antifa-boys suchen einen ort für ihre wut (woher die kommt??) und finden ihn hier. die Stadt atmet Aggression. sie tut nur schlafend.

Dessau: wir passen auf, auf uns. wir geben acht, auf uns. was sonst?

Ich wollte das Plakat vor dem Polizeirevier stehen lassen.

Kein Vergeben.

Kein Vergessen.

Dann ist mir eingefallen: nächstes Jahr brauchen wir es ja wieder.

#daswarmord



Oury Jalloh #KeinEinzelfall – #KeineEinzeltäter



Herausgeber*in

AK Asyl e.V.
Friedenstraße 4-8
33602 Bielefeld

Adresse

Friedenstraße 4-8
33602 Bielefeld

Kontakt

Telefon: 0521 / 546515-0
Telefax: 0521 / 546515-99
E-Mail: info@ak-asyl.info
Homepage: www.ak-asyl.info

Autor*innen

Anja Sportelli, Café Exil, Emilene Wopana Mudimu, Frank Gockel, Franziska Fritz, Friederike Schleiermacher, Jens Drüke & Seebrücke Bielefeld, Jinga Rosa Rempe, Judith Baumgärtner, Katharina Bracke, Kathrin Dallwitz, Klaus Daniel, Kristin Nahrman, Madea, Mariella Löllmann, Sebastian Koch, Uta Braune-Krah, Vorstand & Team IBZ Friedenshaus e.V.

Layout

Sophia Stockmann / Hendrik Unger

V.i.S.d.P.

Jinga Rosa Rempe (Anschrift siehe oben)
Franziska Fritz (Anschrift siehe oben)

Bildverzeichnis

Seite 01: AK Asyl e.V. Bielefeld
Seite 04: Thomas Mues, <https://www.flickr.com/photos/96385007@N00/265395004>
Seite 05: Clearingsstelle ‚Migration und Gesundheit‘ Bielefeld
Seite 06: Künstlerin Serafima Rayskina, Klinik für psychotherapeutische und psychosomatische Medizin
Seite 07: Psycho-Soziales Zentrum (PSZ) NRW
Seite 15: Seebrücke, <https://seebruecke.org/>
Seite 19: Café Exil
Seite 20: Café Exil
Seite 23: Nico Hofmann, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aerial_Nuremberg_Suedkaserne.jpg
Seite 25: Madea
Seite 27: Francis Oghuma, <http://oghuma.com/>
Seite 29: Judith Baumgärtner
Seite 30: strassenstriche.net, <https://www.flickr.com/photos/34005794@N05/32133699266>

